



Protokollauszug zum BAUAUSSCHUSS

am Donnerstag, 03.04.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

- TOP 1** **Bericht Wettbewerb für Vorreiter-Kommunen - Auf dem Weg zur Klimaneutralität**
- mündlicher Bericht
- Bezug Vorl. Nr. 409/22
-

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) berichtet eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales.

Mit dem Förderprogramm sei man auf vielen verschiedenen Ebenen unterwegs und versuche sämtliche Aspekte der Klimaneutralität zu bespielen, wenngleich das Ziel nach wie vor ambitioniert sei, ergänzt BMin **Schwarz**. Sie sieht hierdurch ein Kommunikationsinstrument mit dem Land. BMin Schwarz eröffnet die Aussprache.

Das Klimaziel 2035 und die Fördersumme von zwei Millionen Euro für Ludwigsburg habe sich vor allem für die Bürgerschaft gelohnt, sagt Stadtrat **Sorg**. Es seien viele Maßnahmen erfolgt, die direkt der Bürgerschaft zugutegekommen seien, aber auch Unternehmen profitiert haben. Er geht auf verschiedene Maßnahmen, unter anderem Climap und Solar-Check ein. Er fragt, ob die Idee des damaligen IKEK-Konzepts zum Solarkataster praktikabel umgewandelt werde. Weiter interessiert ihn, ob die Ideen zu den Werbeslogans hausintern erarbeitet werden, oder eine externe Agentur involviert sei. Wirkungsvoll sei die Einbindung der Solarinitiative und die Akteure der Energiewende in die Bürgerschaft, auch wegen der Multiplikatorenwirkung. In der Bauberatung hofft er auf Aufklärungsarbeit rund um das Gebäudeenergiegesetz. Er fragt, wie es weitergehe und wann mit einer Umwandlung der Projektstellen in dauerhafte Aufgaben zu rechnen sei.

Mit der Klimaanpassungsstrategie wolle man die Klimaziele des Landes Baden-Württemberg erreichen, wenngleich das Ziel, vor allem aus finanziellen Gründen, ambitioniert sei, merkt Stadtrat **Braumann** an. Man müsse bei der Umsetzung glaubwürdig bleiben und vor allem finanziell Herr des Verfahrens sein. Viele Förderungen seien weggebrochen, dies verunsichere die Bürgerschaft. Hierzu werde künftig mehr Verlässlichkeit erwartet. Eine regelmäßige Berichterstattung solle weiterhin erfolgen. Jeder Einzelne müsse die Leistbarkeit seiner Anstrengungen

prüfen. Bei der Abfrage der Energieberichte der einzelnen Gebäude müsse der Datenschutz gesichert sein. Man müsse möglichst viele Menschen der Stadtgesellschaft erreichen und dies müsse gut kommuniziert werden. Er sieht den Weg als Ziel.

Viele kleine Schritte münden zusammen, sagt Stadtrat **Remmele**. Er hoffe, dass die Stadtgesellschaft mitgehe.

Man sei auf einem guten Weg, meint Stadträtin **Liepins**. Die Verwaltung sei engagiert und versuche die Stadtgesellschaft mitzunehmen. Die Außenwirkung sei sehr gut, wenngleich sie das Ziel der Klimaneutralität 2035 ebenso ambitioniert sehe. Nach einem Jahr wünscht sie die Nennung der Anzahl der stattgefundenen Solarpartys. Sie fragt, ob die umfassende Bauberatung zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien der Fachbereich Bürgerbüro Bauen personell leisten könne.

Stadtrat **Gröbner** habe persönlich eine kostenlose Beratung zum Thema Solar in Anspruch genommen und äußert sich lobend hierzu.

Klima- und Umweltschutz sei wichtig, sagt Stadträtin **Knecht** und lobt die Maßnahmen. Marketingmaßnahmen konnten durch die Förderung ergriffen werden. Sie bezweifelt eine Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 und sehe das Ziel als unrealistisch an. Sie fragt, ob eine Verschiebung des Zieles auf 2040, analog dem Land, förderschädlich sei. Zudem will sie wissen, welcher Anteil der Fördersumme bereits ausgegeben wurde. Sie bemängelt, dass in den SWLB-Parkhäusern keine Ladung der E-Autos mit der EnBW- Karte möglich sei. Sie äußert sich kritisch zum Gebäudeenergiegesetz, welches ein ideologisches Projekt der Grünen-Regierung sei.

BMin **Schwarz** geht auf die Verstetigung der befristeten Stellen ein. Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation sei derzeit eine Entfristung nicht möglich, gleichwohl müssen die Aufgaben mit dem vorhandenen Personal bestmöglich bewältigt werden. Der Weg zur Klimaneutralität werde konsequent beschritten. Man müsse ebenso die Notwendigkeit der Schaffung anderer Finanzierungsmöglichkeiten an die übergeordneten Behörden spiegeln.

Die Agentur Blumberg aus Esslingen unterstütze bei der Kampagne „Lust auf“, so eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales. Der Solar-Check sei für die Bürgerschaft ein optimiertes Angebot zum Solarkataster. Aktuell habe man bereits rund 700.000 Euro ausgegeben. Die Bauberatung laufe im Sinne einer Erstberatung, eine umfassende Energieberatung übernehme die Energieagentur.

BMin **Schwarz** stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) berichten der **Leiter** und ein **Mitarbeiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales.

Das Thema Klimaanpassung fließe in die Stadtentwicklung ein, um Ludwigsburg lebenswert zu erhalten, merkt BMin **Schwarz** an. Der Statusbericht könne online abgerufen werden, auf eine Printausgabe habe man verzichtet. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** bemängelt, dass teilweise Mitglieder des Gemeinderates bei Umsetzungen nicht zustimmen, trotz vorheriger Einigkeit zur Wichtigkeit der Klimaanpassungsmaßnahmen und spricht von Lippenbekenntnissen. Sie geht auf die hitzebedingten Sterbefälle ein. Hitze sei eine große Bedrohung für die Gesundheit. Sie fragt nach den möglichen Schutzorten in Ludwigsburg und Umgebung mit ÖPNV-Anschluss, wie auch eine Verschattung der Bushaltestellen. Man dürfe nicht noch mehr Flächen versiegeln und müsse mehr auf den Schutz und die Aufwertung von öffentlichem Grün achten, auch fachbereichsübergreifend. Lobend erwähnt sie die Umgestaltung des Arsenalplatzes, wengleich ihrer Meinung nach noch immer zu wenig gemacht werde. Der Grüne Ring könne teilweise aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden. Starkregen und Wind müssen ebenso im Fokus stehen.

Im Rahmen der Möglichkeiten sei man auf einem guten Weg, sagt Stadtrat **Lutz**. Hitze sei sehr belastend und setze Stress frei, wengleich nicht alleine die Stadt, sondern auch jeder Einzelne verantwortlich sei. Ludwigsburg biete mit dem Favoritepark einen guten Verschattungsort an. Den Vorwurf der Vorrednerin zum Thema Lippenbekenntnisse weist er zurück, da er sich der Verantwortung bewusst sei. Trinkbrunnen seien eine gute Einrichtung, jedoch vermute er, dass diese nicht angenommen werden, vor allem Senioren hätten Hygienebedenken und er wünscht hierzu eine bessere Aufklärung der Bevölkerung.

Ludwigsburg habe im Vergleich zu anderen Städten viel Grün, merkt Stadtrat **Remmele** an. Ludwigsburg sei auf einem guten Weg, wengleich der Haushalt Grenzen setze. Trinkbrunnen an zentraler Stelle in jedem Stadtteil würde er begrüßen. Die Wassersprudler auf dem Rathausplatz haben Vor- und Nachteile. Er weist darauf hin, dass bei Regen manche Plätze regelmäßig überschwemmt seien, beispielhaft nennt er die Hartenecker Höhe und wünscht eine Verbesserung.

Die Klimaerwärmung sei eine weltweite Problematik, führt Stadträtin **Liepins** aus. Die Verwaltung gehe mit vielen Untersuchungen und Überlegungen voran, vor allem zum Thema Starkregen. Wichtig seien die Handlungsempfehlungen, die der Bürgerschaft und den Unternehmen an die Hand gegeben werden, auch zum Thema Hitze. Ihre Fraktion habe bereits vor 10 Jahren einen Antrag zur ÖPNV-Anbindung des Hohenecker Freibades gestellt, erinnert sie. Jedoch lasse die finanzielle Situation eine Realisierung nicht zu. Mit der Bärenwiese und dem Favoritepark habe man große Schattenplätze. Sitzbänke im Schatten und Trinkbrunnen sehe sie als wichtig an. Gemeinsam mit der Verwaltung müssen die Maßnahmen abgewogen und priorisiert werden.

Das Klima verändere sich, sagt Stadtrat **Gröbner**. Das Starkregenrisikomanagement sei sinnvoll, um bei möglichen Unwettern gerüstet zu sein. Besser vorsorgend planen, als im Nahhinein große Schäden zu beheben, die man eventuell mit kleineren Maßnahmen hätte vermeiden können, sagt er. Wichtig sei die Bürgerschaft aufzuklären. Er lobt die Maßnahmen der Verwaltung.

Vieles werde bereits unternommen, meint Stadträtin **Knecht**. Sie erinnert an den Antrag ihrer Fraktion aus dem Jahre 2014 zu Baumpflanzungen und fragt, welche Maßnahmen zur Entsiegelung und Begrünung des Marktplatzes und Rathausplatzes möglich seien. Wasserspender seien wichtig. Sie fragt, ob für Vereine entsprechende Wasserhähne für Trinkwasser förderfähig seien. Die Wasserquelle Hoheneck solle als Trinkbrunnen aktiviert werden. Die Maßnahmen müssten mehr in die Bürgerschaft kommuniziert werden. Ein großes Potential zur Wassergewinnung und Rückhaltung sehe sie durch die Dächer in privaten Gärten. Weiter spricht sie das Thema Schottergärten und Versiegelung der Vorgärten zur Herstellung von Stellplätzen, da im öffentlichen Raum die Parkplätze zurückgebaut werden, an und bemängelt diese Entwicklung.

In der Innenstadt seien unter anderem auch Kirchen kühle Zufluchtsorte, vor allem für ältere Menschen, merkt BMin **Schwarz** an. Viele Maßnahmen hinsichtlich der Herstellung des Grünen Rings seien nicht aufgeführt, da diese als Ausgleichsmaßnahmen oder im Zuge eines Bebauungsplanes ausgeführt wurden. Durch die räumliche Perspektive werde der Bezug aufgezeigt. Die Handlungsempfehlungen für Starkregenereignisse werden nicht für einzelne private Gebäude erarbeitet, wengleich es für die Bürgerschaft Infoveranstaltungen gebe. Die Bürger müssen selbst tätig werden und sich und ihre Gebäude schützen. Versiegelung spiele eine Rolle, jedoch spiele auch lehmhaltiger Boden eine große Rolle. Die Straßenzüge können bei Starkregenereignissen zu Bachläufen werden. Hierzu müsse geprüft werden, ob beispielsweise Seniorenheime, Kindergärten oder Feuerwehrstandorte überschwemmt und entsprechende Alarmierungsketten erarbeitet werden. Risikosteckbriefe werden hinsichtlich des Katastrophenschutzes mit der Feuerwehr erarbeitet, sobald die Karte erstellt sei. Sie weist darauf hin, dass man den Trinkbrunnen vor dem Rathaus ausgetauscht habe. Trinkbrunnen in allen Stadtteilen seien wünschenswert, jedoch seien diese in der Anschaffung und in der Wartung kostspielig und derzeit finanziell nicht sofort abbildbar. Auch bei den Spielplätzen werde man Rutschen im Schatten platzieren, soweit möglich. Die Entsiegelung des Marktplatzes sei auch aufgrund der Bespielung kaum möglich. Das Projekt am Karlsplatz musste aus finanziellen Gründen geschoben werden, wengleich dieser städtebauliches Potential für eine Entsiegelung und Verschattung ausweise. Bei der Umwandlung von Vorgärten in Stellplätze stehe man im Austausch mit den Bauherren.

Der **Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales geht auf die Trinkbrunnen ein. Die Nutzung erfordere ein gewisses Training und motorische Fähigkeit. Flaschen könnten problemlos befüllt werden. Das Programm lege den Fokus auf Dach- und Fassadenbegrünung, wengleich Informationen zur Regenwassernutzung weitergegeben werden. Die aktuelle Förderkulisse sehe einen Zuschuss für Wasserspender in städtischen oder vereinseigenen Hallen nicht vor.

Der Hinweis zu entsprechenden Wasserhähnen in den Sporthallen werde mitgenommen, so BMin **Schwarz**. Man müsse zwischen starkem Regen und Starkregen, bei dem die Kanalisation voll sei, unterscheiden. Die Starkregengefahrenkarten bilden das Szenario hinsichtlich einer vollen Kanalisation

ab. Sie stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 3

**Gestaltungsbeirat - Budgetanpassung
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 046/25

Beschlussempfehlung:

Der Gestaltungsbeirat wird unter Beibehaltung von vier externen Gestaltungsbeiräten fortgeführt. Das jährliche Budget wird ab dem Jahr 2026 um 12.500 € gekürzt. Damit ist der HH-Antrag der FDP erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Knoß

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** verweist auf die Vorlage Nr. 046/25.

Der **Leiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Geoinformation und die **Leiterin** der Geschäftsstelle des Gestaltungsbeirats erläutern anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) den Sachverhalt und gehen auf die Vorlage ein.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache und erteilt das Wort der antragstellenden Fraktion.

Der Antrag solle als Beitrag von WIN LB gesehen werden, merkt Stadträtin **Knecht** an. Sie setze ein großes Vertrauen in die Fachbereiche. Bauliche Missstände sollen vermieden und weiterhin kultiviert gebaut werden. Der Gestaltungsbeirat solle das Projekt nicht ausbremsen, sondern als Möglichmacher fungieren. Die Anstrengungen werden gesehen und der Gestaltungsbeirat werde, in dieser reduzierten Form, weiter von ihrer Fraktion begleitet, wenngleich der Antrag eigentlich die Auflösung gefordert habe. Der Antrag könne als erledigt angesehen werden.

Das Gremium sei wertvoll und wichtig, sagt Stadträtin **Alexander**. Bereits früh im Verfahren könne der Beitrag für die Bauherren wichtig sein. Eine geballte Kompetenz mache sich zu vielen Aspekten Gedanken zum bevorstehenden Projekt und zur

Stimmigkeit mit dem Stadtbild. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen und stehe zu einhundert Prozent hinter dem Gestaltungsbeirat.

Der Gestaltungsbeirat sei ein wichtiges Instrument in der Stadt, merkt Stadtrat **Braumann** an. Eine Auflösung sei aus seiner Sicht grob fahrlässig. Die Einsparung sei gut. Sofern Mehrkosten fällig werden, solle dies wieder im Haushalt angemeldet werden. Auswärtige Experten seien bisher eine Bereicherung gewesen, merkt er an. Der Gestaltungsbeirat habe zur Rettung vieler Bereiche beigetragen und habe viele schlechte Planungen verhindert, deshalb seien Rundgänge und Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Über strittige Projekte müsse letztendlich der Gemeinderat entscheiden.

Stadtrat **Remmele** lobt die Leistung des Gestaltungsbeirats, wenngleich er eine enge Auslegung der Erhaltungssatzung kritisch sehe.

Der Gestaltungsbeirat habe sich positiv entwickelt und bringe einen Mehrwert sowie eine hohe Qualität für die Stadt, merkt Stadträtin **Liepins** an. Sie fragt, ob es künftig weniger Sitzungen gebe und weniger Bauprojekte besprochen werden. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Gröbner** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Die Erfolge des Gestaltungsbeirats seien gut und das Gremium solle bestehen bleiben.

Politik, externe Experten und Verwaltung arbeiten eng miteinander, so BMin **Schwarz**. Der Diskurs mit Architekten und Bauherren sei offen und führe zu guten Ergebnissen.

Die Zahl der Sitzungen werde nicht reduziert und bleibe bei 5 pro Jahr, sagt der **Leiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Geoinformation. Optimal sei die Beratung von vier Vorhaben pro Sitzung. Sollten mehr Mittel erforderlich sein, werde man wieder ins Gremium kommen.

Nach dieser Aussprache lässt BMin **Schwarz** über die Vorlage Nr. 046/25 Beschluss fassen.

BMin **Schwarz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.